WHISTLEBLOWER-RICHTLINIE

Zweck und Verpflichtung

Kelly Services, Inc. und seine Tochtergesellschaften („Kelly“ oder „das Unternehmen“) bekennen sich weltweit zu den Grundsätzen der Integrität, Verantwortlichkeit und Einhaltung der Gesetze in allen Rechtsordnungen, in denen sie Personaldienstleistungen, Outsourcing-Lösungen und Personalberatungsdienstleistungen anbieten. Als Unternehmen, das Talente mit Arbeitgebern in stark regulierten Branchen – darunter Life Sciences, Bildung, Technologie und professionelle Dienstleistungen – zusammenbringt, sind die Geschäftsaktivitäten von Kelly regelmäßig mit komplexen rechtlichen und ethischen Rahmenbedingungen konfrontiert. Diese Aktivitäten umfassen nicht nur direkte Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch die Beauftragung von unabhängigen Auftragnehmern, Subunternehmern, Managed Service-Anbietern und grenzüberschreitenden Drittpartnern.

Richtlinie

Um sein Engagement für rechtmäßiges und ethisches Verhalten in allen miteinander verbundenen Geschäftsbereichen zu unterstützen und zu stärken, hat das Unternehmen diese globale Whistleblower-Richtlinie („Richtlinie“) verabschiedet, um sicherzustellen, dass Personen – unabhängig davon, ob es sich um Mitarbeitende, unabhängige Auftragnehmer, ehemalige Mitarbeitende, Lieferanten oder Dritte handelt, die mit der Erbringung von Dienstleistungen für das Unternehmen in Verbindung stehen – Bedenken hinsichtlich potenzieller Verfehlungen auf sichere und geschützte Weise melden können. Diese Richtlinie legt einen Mechanismus für vertrauliche Meldungen fest, beschreibt Schutzmaßnahmen für Personen, die in gutem Glauben Bedenken äußern, und legt die Verpflichtungen von Kelly gemäß den geltenden internationalen, regionalen und nationalen Rechtsrahmen dar. Sie bekräftigt außerdem, dass der Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen, der Zugang zu sicheren Meldekanälen und die Verfahrensgerechtigkeit bei Folgeuntersuchungen nicht nur administrative Ziele sind, sondern wichtige Säulen für die Aufrechterhaltung eines konformen, transparenten und ethisch fundierten globalen Unternehmens darstellen.

Das grundlegende Ziel dieser Richtlinie ist es, verschiedene Rechtsstandards innerhalb der globalen Präsenz von Kelly zu vereinheitlichen und sicherzustellen, dass alle Personen unabhängig von ihrem Standort oder ihrer Funktion über einheitliche und zuverlässige Mittel verfügen, um Bedenken zu melden. Während Rechtsordnungen wie die der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union jeweils spezifische Verpflichtungen zum Schutz von Hinweisgebern auferlegen, betrachtet Kelly diese nicht als Einschränkungen, die es zu umgehen gilt, sondern als grundlegende Erwartungen, die uneingeschränkt zu erfüllen sind. Dementsprechend enthält diese Richtlinie wesentliche Anforderungen aus Abschnitt 806 des Sarbanes-Oxley Act von 2002, Abschnitt 922 des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act von 2010, des britischen Public Interest Disclosure Act 1998, der Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen Unionsrecht melden („EU-Whistleblower-Richtlinie“), und der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr („DSGVO“). Wenn die durch nationales Recht gewährten Schutzmaßnahmen über die in dieser Richtlinie festgelegten hinausgehen, wendet Kelly die höheren Standards an, um sicherzustellen, dass Whistleblower niemals aufgrund ihres Gerichtsstands benachteiligt werden.

Diese Richtlinie gilt für alle Kelly-Unternehmen weltweit und erstreckt sich auf alle Personen, die in einer wesentlichen Beziehung zum Unternehmen stehen, einschließlich Zeitarbeitskräfte, entsandte Mitarbeitende, Auszubildende und Berater. Das Unternehmen bekräftigt, dass **jede Person, die in gutem Glauben einen Vorfall meldet – unabhängig davon, ob die Meldung letztendlich begründet ist oder nicht –, vor Vergeltungsmaßnahmen und jeder Form von Benachteiligung** aufgrund der Meldung **geschützt wird**. Darüber hinaus erkennt das Unternehmen an, dass der Erfolg eines Whistleblowing-Systems nicht nur von der Existenz formeller Verfahren abhängt, sondern auch von der zugrunde liegenden Kultur, in der diese Verfahren funktionieren. Kelly setzt sich dafür ein, dass sowohl Mitarbeitende als auch Dritte darauf vertrauen können, dass ihre Bedenken angehört, ernst genommen und objektiv behandelt werden, ohne Vorurteile, Angst oder

Vergeltungsmaßnahmen. Aufgrund dieser Kontrollmechanismen haben wir Vertrauen in den oben beschriebenen Prozess.

Umfang der meldepflichtigen Bedenken

Diese Richtlinie gilt für die Meldung von Verhaltensweisen, die nach vernünftigem Ermessen einen Verstoß gegen geltende Gesetze, Vorschriften oder interne Richtlinien darstellen oder auf andere Weise die Grundwerte des Unternehmens – Integrität, Fairness und Verantwortlichkeit – untergraben. Fehlverhalten kann auf jeder Ebene der Organisation auftreten und Mitarbeitende, Führungskräfte, leitende Angestellte oder Dritte, die im Namen des Unternehmens handeln, betreffen. Zu den meldepflichtigen Vorfällen zählen unter anderem **Betrug, Bestechung, Korruption, Diebstahl, nicht offengelegte Interessenkonflikte, Belästigung oder Diskriminierung, Verstöße gegen Arbeitsschutzpflichten, unbefugte Offenlegung vertraulicher Informationen, Umweltschäden, Menschenrechtsverletzungen, wettbewerbswidrige Praktiken und Verstöße gegen geltende Handels-, Arbeits- oder Datenschutzgesetze**. Das Unternehmen ermutigt auch zur Meldung von organisatorischen Mängeln in internen Kontrollen oder Compliance-Rahmenwerken, selbst wenn kein individuelles Fehlverhalten vermutet wird. In jedem Fall steht im Mittelpunkt die Frage, ob das Verhalten, sofern es sich als wahr erweist, die gesetzlichen Verpflichtungen, ethischen Standards oder die operative Integrität von Kelly beeinträchtigen würde. Bedenken können sich auf Verhaltensweisen beziehen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, derzeit stattfinden oder nach vernünftigem Ermessen in Zukunft zu erwarten sind. Die frühzeitige Meldung potenzieller Risiken wird empfohlen, um Schäden zu vermeiden und ein rechtzeitiges Eingreifen zu gewährleisten.

Obwohl diese Richtlinie global gilt, umfasst sie ausdrücklich die Arten von Fehlverhalten, die in der EU-Whistleblower-Richtlinie genannt sind, die den Schutz auf Personen ausweitet, die Verstöße gegen Unionsrecht in Bereichen wie dem öffentlichen Auftragswesen, Finanzdienstleistungen, Geldwäschebekämpfung, Umweltschutz, Verbrauchersicherheit und Datenschutz melden. Meldungen im Rahmen dieser Richtlinie können Handlungen oder Unterlassungen betreffen, die in einer einzigen Gerichtsbarkeit stattgefunden haben oder grenzüberschreitende Aktivitäten betreffen. Angesichts der internationalen Struktur von Kelly ist es bekannt, dass Fehlverhalten in einem Land Meldende, betroffene Akteure und Ermittlungsbehörden in mehreren Rechtssystemen betreffen kann. Diese Richtlinie stellt sicher, dass solche Meldungen nicht allein aufgrund der Tatsache, dass sie mehrere Gerichtsbarkeiten betreffen, ausgeschlossen werden.

Wichtig ist, dass Kelly von Whistleblowern nicht verlangt, zum Zeitpunkt ihrer Meldung einen unwiderlegbaren Beweis für das Fehlverhalten zu erbringen. Erforderlich ist lediglich, dass die Meldung in **gutem Glauben** erfolgt, d. h., dass die meldende Person aufrichtig davon überzeugt ist, dass die vorgebrachten Bedenken auf genauen Informationen oder einem begründeten Verdacht auf Fehlverhalten beruhen. Das Unternehmen wird keine Maßnahmen gegen Personen ergreifen, deren Meldungen sich als unbegründet herausstellen, sofern sie ehrlich und ohne böswillige Absicht gehandelt haben. Personen, die vorsätzlich falsche oder irreführende Behauptungen aufstellen, können jedoch gemäß den internen Richtlinien disziplinarisch belangt werden und in bestimmten Rechtsordnungen auch zivil- oder strafrechtlichen Sanktionen unterliegen. Dieser Standard gewährleistet, dass das Whistleblower-System vor Missbrauch geschützt ist und gleichzeitig die Integrität derjenigen gewahrt bleibt, die in gutem Glauben handeln.

Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen

Kelly verbietet ausdrücklich jede Form von Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die im Rahmen dieser Richtlinie Bedenken äußern, bei einer Untersuchung mitwirken oder anderweitig geschützte Whistleblowing-Aktivitäten (Meldungen, Nachfragen, Weitergabe von Hinweisen usw.) durchführen. Vergeltungsmaßnahmen sind weit gefasst und umfassen Entlassung, Suspendierung, Degradierung, Versetzung in eine andere Abteilung, Versetzung in eine ungünstige Position, Kürzung des Gehalts oder der Sozialleistungen, Einschüchterung, soziale oder berufliche Isolation, Drohungen oder jedes andere Verhalten, das eine vernünftige Person davon abhalten würde, Bedenken zu äußern. Das Unternehmen verfolgt eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Vergeltungsmaßnahmen, und Vorwürfe solcher Verhaltensweisen werden als eigenständige Verstöße gegen diese Richtlinie behandelt und gegebenenfalls einer internen Untersuchung und Korrekturmaßnahmen unterzogen.

Die in diesem Dokument und in dieser Richtlinie enthaltenen Schutzmaßnahmen gegen Vergeltungsmaßnahmen basieren auf zulässigen Bestimmungen wie Abschnitt 806 des Sarbanes-Oxley Act von 2002 und dem Public

Interest Disclosure Act von 1998, die nachteilige Beschäftigungsmaßnahmen als Reaktion auf Whistleblowing verbieten. In der Europäischen Union verpflichtet die Richtlinie (EU) 2019/1937 die Mitgliedstaaten, wirksame Durchsetzungsmechanismen einzuführen, um Vergeltungsmaßnahmen zu ahnden und die vollständige Wiedereinstellung und finanzielle Entschädigung der Betroffenen sicherzustellen. Kelly wird diesen Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen und gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen anbieten, darunter unter anderem die Rücknahme nachteiliger Personalmaßnahmen, die Versetzung, die Zahlung des entgangenen Lohns und die öffentliche Bestätigung der Integrität des Whistleblowers.

Personen, die glauben, dass sie Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt waren, werden ermutigt, solche Vorfälle zu melden. Beschwerden über Vergeltungsmaßnahmen werden vorrangig behandelt und unabhängig von der ursprünglichen Angelegenheit bearbeitet. Die Untersuchungen werden von Mitarbeitenden durchgeführt, die nicht an den mutmaßlichen Vergeltungsmaßnahmen beteiligt waren. Das Unternehmen wird sich bemühen, während der Dauer einer Untersuchung wegen Vergeltungsmaßnahmen vorübergehende Schutzmaßnahmen zu gewähren, einschließlich kurzfristiger Änderungen der Berichtswege, des Arbeitsortes oder der Aufgaben, wenn solche Maßnahmen vernünftigerweise erforderlich sind, um weitere Nachteile für den Hinweisgeber zu verhindern. Soweit zutreffend, gelten diese Schutzmaßnahmen nicht nur für aktuelle Mitarbeitende, sondern auch für ehemalige Mitarbeitende, Bewerber und andere Personen, deren Beziehung zum Unternehmen beendet ist oder noch nicht begonnen hat. Kelly ist sich bewusst, dass Vergeltungsmaßnahmen vor, während oder nach einer formellen Einstellung erfolgen können, und wird sicherstellen, dass alle betroffenen Personen vor nachteiliger Behandlung aufgrund einer in gutem Glauben erfolgten Meldung oder Unterstützung einer Meldung geschützt sind.

Vertraulichkeit und Datenschutz

Kelly ist sich bewusst, dass der Erfolg jedes Whistleblower-Systems von der Vertraulichkeit und Sicherheit der offengelegten Informationen abhängt. Das Unternehmen verpflichtet sich daher, alle Whistleblower-Meldungen, einschließlich der Identität des Meldenden und aller Zeugen oder beteiligten Personen, im gesetzlich zulässigen Umfang vertraulich zu behandeln. Die Identität eines Whistleblowers wird nur dann offengelegt, wenn dies für Ermittlungs- oder Rechtszwecke unbedingt erforderlich ist und, soweit möglich, nur mit vorheriger Zustimmung der betroffenen Person. Sofern keine gesetzliche Verpflichtung besteht, wird das Unternehmen weder die Identität des Meldenden offenlegen noch Maßnahmen ergreifen, um die Identität anonymer Meldender festzustellen. Darüber hinaus erkennt das Unternehmen an, dass Personen, die in Whistleblower-Meldungen genannt werden, gemäß den Datenschutzgesetzen Rechte als betroffene Personen haben, wie z. B. das Recht auf Zugang zu oder Berichtigung von personenbezogenen Daten. Diese Rechte können eingeschränkt werden, wenn dies zum Schutz der Identität des Whistleblowers, zur Wahrung der Integrität der Untersuchung oder zur Einhaltung von Ausnahmeregelungen nach geltendem Recht erforderlich ist.

In Anerkennung seiner Verpflichtungen gemäß den Datenschutzgesetzen, einschließlich der Verordnung (EU) 2016/679 („DSGVO“), bestätigt Kelly, dass alle im Zusammenhang mit einer Whistleblower-Meldung erhobenen oder verarbeiteten Daten personenbezogene Daten darstellen und in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien der Rechtmäßigkeit, Fairness, Transparenz, Zweckbindung, Datenminimierung und Speicherbegrenzung behandelt werden. Personenbezogene Daten, die über Whistleblower-Mechanismen erhoben werden, sind streng auf Informationen beschränkt, die für die Bewertung der Meldung und die Durchführung einer fairen Untersuchung relevant, verhältnismäßig und erforderlich sind. Das Unternehmen stützt sich bei der Verarbeitung personenbezogener Daten auf geeignete Rechtsgrundlagen, einschließlich berechtigter Interessen und gesetzlicher Verpflichtungen, in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzgesetzen. Bei der Verarbeitung sensibler Daten (wie Gesundheitsdaten oder Angaben zur ethnischen Zugehörigkeit) oder Daten im Zusammenhang mit Straftaten stellt das Unternehmen die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Anforderungen und Schutzmaßnahmen gemäß den geltenden nationalen oder regionalen Datenschutzrahmen sicher. Das Unternehmen speichert personenbezogene Daten nicht länger als für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich, und alle Daten werden sicher gespeichert, gegebenenfalls verschlüsselt und vor unbefugtem Zugriff geschützt. Soweit erforderlich, erhalten Personen, deren personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Whistleblower-Meldung verarbeitet werden, einschließlich des Whistleblowers oder der Person, gegen die ermittelt wird, angemessene Datenschutzinformationen über die allgemeine Datenschutzerklärung des Unternehmens, die unter www.kellyservices.com/en/policies/privacy-statement/ verfügbar ist.

In Fällen grenzüberschreitender Ermittlungen – insbesondere solchen, die sich über die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und das Vereinigte Königreich erstrecken – wird das Unternehmen zusätzliche

Sicherheitsvorkehrungen treffen, um sicherzustellen, dass personenbezogene Daten nicht unrechtmäßig außerhalb der Gerichtsbarkeit des Ursprungslandes übertragen werden. Diese Sicherheitsvorkehrungen können die Verwendung von Standardvertragsklauseln, die von der Europäischen Kommission genehmigt wurden, die Bewertung des Übertragungsrisikos, Pseudonymisierungstechniken oder, falls erforderlich, die Einholung der ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Person umfassen. Kelly wird außerdem sicherstellen, dass alle externen Dritten, die zur Unterstützung der Untersuchungen hinzugezogen werden, vertraglich verpflichtet sind, diese Standards einzuhalten und die Daten nicht für Zwecke zu verwenden, die über den Umfang ihres Auftrags hinausgehen. Das Unternehmen bekräftigt, dass **kein Aspekt des Whistleblower-Programms die grundlegenden Datenrechte von Personen nach geltendem Recht außer Kraft setzen darf**, und verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die Werte des Datenschutzes und der ethischen Verantwortung untrennbar miteinander verbunden bleiben.

Untersuchungsprozess

Nach Eingang einer Whistleblower-Meldung führt die Rechts-, Risiko- und Compliance-Abteilung eine erste Bewertung durch, um zu entscheiden, ob die Angelegenheit eine formelle Untersuchung rechtfertigt. Diese Prüfung umfasst eine Bewertung der Glaubwürdigkeit, Vollständigkeit und Wesentlichkeit der Meldung sowie der Art der Vorwürfe, der beteiligten Personen und der damit verbundenen rechtlichen oder Reputationsrisiken. Wenn eine Meldung hinreichend schwerwiegende Bedenken aufwirft, leitet das Unternehmen unverzüglich eine Untersuchung ein, die von qualifizierten Mitarbeitenden durchgeführt wird, die über die erforderliche Unabhängigkeit, Fachkenntnisse und soziale Kompetenz verfügen, um sensible Angelegenheiten unparteiisch zu behandeln. Bei Bedarf können externe Rechtsberater oder externe Ermittler hinzugezogen werden, um die Fairness des Verfahrens zu gewährleisten, Interessenkonflikte zu vermeiden und das Vertrauen der Öffentlichkeit oder der Stakeholder in das Ergebnis zu fördern.

Der Umfang und die Dauer der Untersuchung werden von Fall zu Fall festgelegt. Das Verfahren wird mit Sorgfalt und Fairness unter angemessener Berücksichtigung der Art der Vorwürfe durchgeführt. Die Ermittler sammeln relevante Unterlagen, analysieren interne Aufzeichnungen, führen Befragungen durch und bewerten physische oder elektronische Beweise, um zu einer ausgewogenen und fundierten Schlussfolgerung zu gelangen. Die in dem Bericht genannten Personen erhalten Gelegenheit, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, und alle Befragungen werden unter Wahrung der Würde, der Privatsphäre und der Unschuldsvermutung durchgeführt. Das Unternehmen verpflichtet sich, sicherzustellen, dass sowohl Hinweisgeber als auch Personen, gegen die ermittelt wird, während des gesamten Verfahrens fair und unvoreingenommen behandelt werden.

Nach Abschluss der Untersuchung werden die Ergebnisse in einem Bericht zusammengefasst, der von der Geschäftsleitung und, falls erforderlich, vom Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats geprüft wird. Das Unternehmen wird auf der Grundlage der Ergebnisse zeitnah und angemessen Korrektur- oder Disziplinarmaßnahmen ergreifen, die der Art und Schwere des Fehlverhaltens angemessen sind. Zu den Maßnahmen können die Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder der Geschäftsbeziehung, Prozessänderungen, behördliche Meldungen oder rechtliche Schritte gehören. Werden systemische Probleme festgestellt, ergreift das Unternehmen organisatorische Maßnahmen zum Lernen, wie z. B. interne Richtlinienreformen, verstärkte Kontrollen und verbesserte Schulungen. Whistleblower, die ihre Identität offengelegt haben, werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der Unternehmensrichtlinien über die Entscheidung informiert.

Meldewege

Meldungen über Fehlverhalten im Rahmen dieser Richtlinie können an einen Manager, einen Vorgesetzten, einen Personalverantwortlichen oder einen Compliance-Beauftragten gerichtet werden. Darüber hinaus unterhält Kelly eine globale, unabhängig verwaltete Whistleblower-Hotline und ein webbasiertes Meldeportal, über das Einzelpersonen vertraulich oder anonym (sofern nach lokalem Recht zulässig) Meldungen einreichen können. Diese Tools sind rund um die Uhr in mehreren Sprachen verfügbar und so konzipiert, dass sie alle geografischen Regionen und Risikoprofile des Unternehmens abdecken. Einzelpersonen können über www.integrity-helpline.com/kellyservices.jsp auf das webbasierte Portal „Ethics Point“ zugreifen oder die globale Whistleblower-Hotline unter **+1 877-978-0049** anrufen, um vertrauliche Meldungen von jedem internationalen Standort aus zu machen.

Das Unternehmen fordert Einzelpersonen dazu auf, in ihren Meldungen so viele sachliche Details wie möglich anzugeben, um eine gründliche und effiziente Untersuchung zu ermöglichen. Meldungen sollten die Art des Vorfalls beschreiben, alle beteiligten Personen identifizieren, relevante Daten oder Zeiträume angeben und, falls verfügbar, Belege beifügen. Kelly akzeptiert zwar anonyme Meldungen, räumt jedoch ein, dass die Möglichkeit einer vollständigen Untersuchung durch fehlende überprüfbare Details oder Nachverfolgungsmöglichkeiten eingeschränkt sein kann. Dennoch wird das Unternehmen alle angemessenen Anstrengungen unternehmen, um anonyme Meldungen im Rahmen des Möglichen und Rechtmäßigen zu prüfen und darauf zu reagieren.

Anonyme Meldungen sind gemäß dieser Richtlinie zulässig und werden durch die vom Unternehmen eingerichteten Meldesysteme uneingeschränkt unterstützt. Kelly ist sich jedoch bewusst, dass die Rechtmäßigkeit und die Möglichkeit, anonyme Meldungen zu untersuchen, je nach den lokalen Gesetzen unterschiedlich sein können. In Ländern wie den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Irland und den Niederlanden sind anonyme Meldungen ohne wesentliche Einschränkungen weitgehend zulässig. In anderen Ländern – darunter Frankreich, Deutschland und Portugal – gelten zusätzliche Bedingungen gemäß nationalem Recht oder Datenschutzrahmen. So beschränkten frühere Leitlinien in Frankreich die Annahme anonymer Meldungen auf schwerwiegende Sachverhalte, die unabhängig überprüft werden konnten. Nach dem aktuellen Rechtsrahmen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 ist es Unternehmen nicht mehr untersagt, anonyme Meldungen anzunehmen, sie sind jedoch auch nicht verpflichtet, diese zu bearbeiten, es sei denn, es werden ausreichende Details zur Unterstützung einer glaubwürdigen Untersuchung vorgelegt.

Angesichts dieser Unterschiede bewertet Kelly anonyme Meldungen auf der Grundlage der jeweiligen Rechtsordnung und bemüht sich um Untersuchungen, wenn die dargelegten Tatsachen glaubwürdig, überprüfbar und für die Compliance-Verpflichtungen des Unternehmens von Bedeutung sind. Bei anonymen Meldungen wendet Kelly verstärkte Vertraulichkeitsgarantien an, um die Integrität des Verfahrens und – falls die Identität des Meldenden später bekannt wird – die Privatsphäre und den Schutz der Person gemäß geltendem Recht zu gewährleisten. Personen, die Meldungen einreichen, unabhängig davon, ob sie namentlich genannt werden oder anonym bleiben, werden aufgefordert, die sicheren Follow-up-Mechanismen zu nutzen, die in der externen Meldestelle des Unternehmens integriert sind und eine kontinuierliche Kommunikation ohne Offenlegung der Identität ermöglichen.

Im Einklang mit Kellys Verpflichtung zu Transparenz und Zugänglichkeit werden Informationen über die Meldekanäle über den Verhaltenskodex, Einstellungsunterlagen, Compliance-Schulungen und interne Mitteilungen verbreitet. Plakate, Intranet-Mitteilungen und Handbücher für Mitarbeitende verstärken die Sichtbarkeit der verfügbaren Meldemechanismen. Von Kellys Führungskräften wird erwartet, dass sie aktiv eine Kultur fördern, in der die Meldung von vermuteten Verstößen als berufliche Verpflichtung und als Kernelement eines verantwortungsvollen Unternehmens verstanden wird.

Zusätzlich zu den oben beschriebenen internen Meldemechanismen erkennt Kelly das Recht von Einzelpersonen an und respektiert dieses Recht, Informationen direkt an staatliche, regulatorische oder Aufsichtsbehörden weiterzugeben, einschließlich Strafverfolgungsbehörden, Antikorruptionsstellen, Finanzaufsichtsbehörden, Arbeits- und Beschäftigungsbehörden oder Datenschutzbehörden, sofern solche Meldungen nach geltendem Recht zulässig oder geschützt sind. Nichts in dieser Richtlinie soll solche externen Meldungen verhindern oder einschränken. Einzelpersonen können sich dafür entscheiden, Meldungen direkt an die zuständige externe Behörde gemäß den nationalen Rechtsvorschriften zu richten, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die EU-Whistleblower-Richtlinie (Richtlinie 2019/1937), den UK Public Interest Disclosure Act 1998, den South African Protected Disclosures Act und andere relevante gesetzliche Rahmenbedingungen in den verschiedenen Rechtsordnungen, in denen Kelly tätig ist.

Dokumentation und Überwachung

Kelly führt detaillierte und sichere Aufzeichnungen über alle Meldungen, die im Rahmen dieser Richtlinie eingehen, unabhängig vom Meldungskanal und davon, ob die Meldung zu einer Untersuchung führt. Diese Aufzeichnungen umfassen den Inhalt und die Quelle der Meldung (sofern bekannt), das Datum des Eingangs, die mit der Überprüfung oder Untersuchung der Angelegenheit beauftragten Personen, alle ergriffenen Untersuchungsmaßnahmen, die erzielten Ergebnisse oder Schlussfolgerungen und die umgesetzten Korrekturmaßnahmen. Die Dokumentation wird in einem sicheren Fallmanagementsystem gespeichert, auf das

nur befugte Mitarbeitende Zugriff haben, und es werden Prüfpfade aufbewahrt, um die Integrität und Nachvollziehbarkeit sicherzustellen.

Die Aufbewahrung von Unterlagen zu Whistleblowern erfolgt in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen, einschließlich derjenigen der DSGVO und ähnlicher nationaler Datenschutzgesetze. Im Allgemeinen werden Unterlagen nur so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung der legitimen Compliance- und Untersuchungsaufgaben des Unternehmens oder zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen erforderlich ist. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist werden die Unterlagen gemäß den bewährten Verfahren zum Datenschutz sicher gelöscht oder anonymisiert.

Die Aufsicht über das Whistleblower-Programm liegt bei der Rechts-, Risiko- und Compliance-Abteilung von Kelly und dem Verwaltungsrat. Diese Gremien erhalten regelmäßig zusammengefasste Berichte, in denen wichtige Kennzahlen wie die Anzahl der eingegangenen Meldungen, die Kategorien der Vorwürfe, die Nachweisquoten und die Ergebnisse der Abhilfemaßnahmen zusammengefasst sind. Diese Aufsicht fördert die Transparenz, stärkt die Unabhängigkeit und bildet die Grundlage für die kontinuierliche Verbesserung der Compliance- und Ethikinfrastruktur von Kelly. Darüber hinaus überwacht das Unternehmen die Wirksamkeit seiner Whistleblower-Verfahren durch regelmäßige Analyse von Datentrends, Überprüfung der Reaktionszeiten und Bewertung der ergriffenen Abhilfemaßnahmen. Anonymisierte Ergebniskennzahlen können verwendet werden, um Risikomuster zu identifizieren, die Umsetzung von Richtlinien zu bewerten und Compliance-Schulungen zu gestalten. Dieser Prozess stellt sicher, dass Kelly nicht nur auf Fehlverhalten reagiert, sondern auch seine Richtlinien und Praktiken anpasst, um Wiederholungen zu verhindern und die Integrität des Unternehmens zu stärken.

Schulung und Sensibilisierung

Kelly ist sich bewusst, dass die Wirksamkeit seines Whistleblower-Programms eng mit dem Bewusstsein und dem Vertrauen seiner Mitarbeitenden und Partner verbunden ist. Dementsprechend integriert das Unternehmen die Whistleblower-Schulung in seine globalen Compliance-Schulungsprogramme, Einführungsveranstaltungen für neue Mitarbeitende und regelmäßige Auffrischkampagnen. Diese Schulungsinitiativen sind auf die jeweiligen Rechtsordnungen und Aufgabenbereiche zugeschnitten, um sicherzustellen, dass die Mitarbeitenden ihre Meldepflichten und -rechte, die ihnen durch Gesetze und Richtlinien gewährten Schutzmaßnahmen sowie die Mechanismen für die sichere und vertrauliche Einreichung von Meldungen verstehen.

In Rechtsordnungen mit erhöhter Sensibilität gegenüber Whistleblowing oder kulturellen Hindernissen für das Melden von Missständen verfolgt Kelly lokalisierte Kommunikations- und Unterstützungsstrategien, darunter regionsspezifische Botschaften, übersetzte Materialien und die Einbindung vertrauenswürdiger Compliance-Beauftragter. Führungskräfte und Personalverantwortliche erhalten zusätzliche Schulungen dazu, wie sie auf Meldungen reagieren, die Vertraulichkeit von Whistleblowern schützen und die Verpflichtung zur Nichtvergeltung in der Praxis einhalten können.

Das Bewusstsein für das Programm wird auch durch visuelle Kommunikationsmittel wie Poster, digitale Beschilderung und Ankündigungen auf Unternehmensplattformen gestärkt. Kelly bewertet regelmäßig die Wirksamkeit seiner Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen durch Umfragen, Audits und Trendanalysen zu Vorfällen, um sicherzustellen, dass das Whistleblower-Programm mit den rechtlichen Entwicklungen und den Anforderungen des Unternehmens Schritt hält.

Fazit

Diese globale Whistleblower-Richtlinie bekräftigt das unerschütterliche Bekenntnis von Kelly zu ethischem Verhalten, Einhaltung der Gesetze und institutioneller Transparenz. Whistleblower sind oft die erste Verteidigungslinie bei der Identifizierung von Risiken, die die Werte des Unternehmens gefährden oder gegen Gesetze verstoßen könnten. Durch die Förderung einer Kultur, in der Bedenken willkommen sind, verantwortungsbewusst behandelt und vor Vergeltungsmaßnahmen geschützt werden, erfüllt Kelly nicht nur seine gesetzlichen Verpflichtungen, sondern auch seine übergeordnete Mission, ein verantwortungsbewusster und prinzipientreuer globaler Arbeitgeber zu sein. Das Unternehmen ermutigt alle Personen, Bedenken in gutem Glauben zu melden, und versichert, dass jede Meldung gemäß den höchsten Standards der modernen Unternehmensführung ernsthaft, diskret und unter Einhaltung strenger Verfahren behandelt wird.

Im Falle von Unstimmigkeiten oder Widersprüchen zwischen dieser Richtlinie und den geltenden Gesetzen oder Vorschriften einer bestimmten Gerichtsbarkeit, in der Kelly tätig ist, wird das Unternehmen den höheren Schutzstandard für Whistleblower gemäß den lokalen Gesetzen einhalten. Dieser Ansatz stellt sicher, dass Einzelpersonen niemals durch rechtliche Diskrepanzen benachteiligt werden, und bekräftigt das Engagement des Unternehmens für die Aufrechterhaltung eines Whistleblower-Rahmens, der die globalen rechtlichen Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern übertrifft. Kelly wird die rechtlichen Entwicklungen in allen Rechtsordnungen weiterhin beobachten, um sicherzustellen, dass diese Richtlinie den sich ändernden gesetzlichen Anforderungen und Best Practices entspricht.